

Absage an grosse Interventionen

Bürgerliches Plädoyer «für eine wirksame und nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik»

Wie soll der Kanton auf die Krise antworten? SVP, FDP und CVP streiten viel miteinander. Doch für einmal treten sie gemeinsam auf, damit der Staat in der Krise nur Massnahmen ergreift, die «nachweisbar positiv wirken».

MATHIAS KÜNG

In der aktuellen sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage sind viele Menschen ratlos. Hat die Marktwirtschaft abgedankt? Wie sollen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft reagieren? Auf solche Fragen suchten auch die bürgerlichen Fraktionschefs im Grossen Rat Antworten. Auch mit Blick auf die grossenteils neue aargauische Regierung. Gestern Abend trugen sie in Aarau ihre Erkenntnisse sowie ein daraus abgeleitetes Manifest vor (vgl. Kasten), aus dessen Lektüre der Regierungsrat recht präzise ablese kann, welche konjunkturstützenden Massnahmen er im Parlament durchbrächte und welche eben nicht.

Kritik an Kredit-Engpass

Tausende von Milliarden Dollar, Euro und Franken seien von Notenbanken und Regierungen losgetreten worden, sagte FDP-Fraktionschef Daniel Heller einleitend, und kritisierte: «Der Effekt ist gering. Nicht nur hat sich der internationale Bankensektor nicht erholt, vielmehr haben sich die Möglichkeiten der Wirtschaft, bei den Banken Kredite zu finden, dramatisch verengt.» Heller setzt weiter voll auf die soziale Marktwirtschaft und hält an den Zielen eines ausgeglichenen Staatshaushaltes, einer tiefen Steuerquote und geringer Verschuldung fest und warnt vor «riesigen



EINEN ABEND LANG BURGFRIEDEN AIHK-Präsident Daniel Knecht, Gastreferent Gebhard Kirchgässner (Uni St. Gallen), Landammann Roland Brogli und die Fraktionspräsidenten Peter Voser, Andreas Glarner und Daniel Heller (v. links n. rechts). RAPHAEL HÜNERFAUTH

Stimulierungsprogrammen», die vorab die Staatsverschuldung erhöhten.

Auch der Aargau spürt die Krise

Daniel Knecht, Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), bestätigte, der Einbruch sei inzwischen auch im Aargau zu spüren, doch die Unternehmer seien entschlossen, ihm zu trotzen. Er befürchtet eine

längere Rezessionsphase, warnt aber davor, jetzt unter dem «Deckmantel» der Konjunkturstützung Strukturerhaltungspolitik zu betreiben. Er will auch keinen Protektionismus und ruft Bern auf, die schweizerischen Steuereigenheiten besser zu verteidigen.

Andreas Glarner (SVP) zeigte sich überzeugt, dass seine Partei ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht neu

ausrichten müsse. Im Gegenteil: Man müsse dringend mehr Freiheit, Selbstverantwortung und weniger Staat wagen. Leistungen seien zu belohnen «und nur die absolut notwendigen Aufgaben an den Staat» zu übertragen. Die Zusammenarbeit der Bürgerlichen in der Finanzpolitik will er fortführen.

CVP-Fraktionschef Peter Voser will auf Basis der «liberal-sozialen Marktwirtschaft» mithelfen, das Vertrauen ins System zu stärken, die Liquidität in der Wirtschaft sicherzustellen und den Konsum aufrechtzuerhalten. Er will aber «keine chaotischen Massnahmen» und die «erstklassige finanzielle Situation im Kanton nicht gefährden».

Landammann Roland Brogli nutzte die Veranstaltung der Parteien, um seine Sicht zu erläutern. Man wolle alles daran setzen, um möglichst unbeschadet aus der Krise hervorzugehen. Man dürfe aber nicht in Panik verfallen. Jetzt stehe halt der Haushaltausgleich, nicht der Schuldenabbau im Vordergrund. Und er nutzte die Gelegenheit, um für die Finanzausgleichsreserve von rund 190 Millionen Franken zu werben, mit der die Regierung befürchtete Einnahmeneinbrüche abfedern will.

Das Manifest von SVP, CVP, FDP und AIHK

In ihrem gestern Abend in Aarau verabschiedeten Manifest bekennen sich die drei Regierungsparteien SVP, FDP und CVP mit zusammen etwas über 60 Wählerprozenten sowie die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) zu folgenden Grundsätzen: «Wir bekennen uns zu einer freien Wirtschaftsordnung, in welcher der Staat in Krisenzeiten zeitlich limitierte konjunkturstützende Massnahmen nur dann ergreift, wenn sie nachweisbar eine positive Wirkung entfalten. Die derzeitige Krise erfordert eine

Politik für mehr Wachstum der Privatwirtschaft und nicht der Staatswirtschaft.

Staatliche Unterstützungsmassnahmen sollen folgende Grundsätze beachten: Sie erfolgen im begrenzten zeitlichen und finanziellen Rahmen. Sie dürfen nur ergriffen werden, wenn sie nachhaltig positive Wirkungen für den privaten Wirtschafts-, Werk- und Denkplatz Aargau haben. Sie schaffen keine neuen Subventionstatbestände und umfassen insbesondere keine Beiträge an Konsumausgaben. Bei staatlichen Massnahmen ste-

hen im Vordergrund: gezielte steuerliche (Entlastungs-)Massnahmen, der Vorzug von Investitionen in Infrastrukturen, Investitionen in Forschung und Innovation. Bei allem, was wir gegen die Krise tun, behalten wir immer auch die Staatsfinanzen und die Spielräume der nächsten Generationen im Auge. Der mittelfristige Haushalt ausgleich als grundsätzliches Ziel für einen handlungsfähigen Staat und verantwortungsvolles Staatsgebaren sind ein zentrales Anliegen einer verantwortungsvollen Politik.» (MZ)